

Unter Widerlegung der hier und da gefaßten Vorurtheile schilderte Redner die Seidenraupenzucht nicht nur als einen der interessantesten, sondern auch der ergiebigsten Zweige der Landwirthschaft und führte einige Zahlen über die Resultate der heurigen Ernte an, aus denen sich allerdings die Richtigkeit dieser Behauptungen zur vollsten Genüge ergab. So hat z. B. ein Schulmann in der Gegend des Weizner Hochlandes in diesem Jahre aus acht Loth Eiern 350 Megen Cocons exclusive der geringeren dergleichen erhalten und daraus nach Abzug der mit 87 Thlr. berechneten Auslage einen Reingewinn von circa 330 Thlr. erzielt. Die einzige Bedingung für die Anlage einer Seidenraupenzucht sei die Herbeschaffung einer Quelle für gutes Maulbeerlaub, und in dieser Beziehung könne er Jedermann, der über ein unbenutztes oder nur schlecht benutztes Stück Bodenland verfüge, die Anpflanzung von Maulbeerbäumen und Hecken auf das Angelegentlichste empfehlen. Die Statistik habe gezeigt, welche enorme Zahlen die Gesamtproduction im Seidenbau liefere, dieselbe zeige z. B. in einem Jahre, die verschiedenen Welttheile zusammengenommen, 1,119,619,000 Fres., und in Sachsen allein, betrage der jährliche Bedarf an Seide 2,278,473 Thlr.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Der „Beserzeitung.“ schreibt ein Berliner Correspondent: Cäsarismus und Militarismus, so lauten die beliebten Schlagwörter, mit denen man gern dem preussischen Staate am Zeuge stehen oder vielmehr ihm den moralischen Garauß machen möchte. Wo die Begriffe fehlen, da stellen die Wörter sich zur rechten Zeit ein, und gewisse Leute wissen, daß sie bei ihren gedankenlosen Zuhörern mit schreckhaft klingenden Wörtern mehr ausrichten, als durch Aussprüche ans Nachdenken. Wer den alten Ausspruch der Nation: „Wehrlos ehrlos“, einen cäsaristischen nennt, dem müssen wir Das schon überlassen. Was soll man um Wörter streiten? Aber den immer als Corollarium des Cäsarismus oder Militarismus hingestellten Satz von dem zum Plagen angeschwollenen Staatsbudget mit der fortwährenden Unterbilanz und den wachsenden Deficits müßte man doch in Bezug auf Preußen etwas näher prüfen. Hier läßt sich streiten, hier spielen die Wörter keine Rolle, sondern die Zahlen, hier reicht für die Beweisführung nicht die Tapferkeit aus, welche gut salztastisch die Klinge führt, nicht der Mut, der sehr stark in Besinnung macht: hier entscheidet vielmehr ein Rechenexempel, das sich auf die Einfachheit des Addirens und Multiplicirens reducirt und das daher selbst der ehernen Stirn unserer Brutusse zugänglich sein muß, die täglich einen Caesar zu sich nehmen, wenn auch nur im Geiste. Den preussischen Staatshaushalt gründlich und richtig zu beurtheilen, das ist allerdings bisher nicht ganz leicht gewesen, und insofern ist für die schreckhaften Bilder, die darüber gang und gäbe sind, zumal jenseits des Rheins, eine Entschuldigung da. Man lese aber, wie soeben Eugen Richter, der extremsten Linken des preussischen Abgeordnetenhauses angehörig, in seinem glänzenden Buche: „Das preussische Staatsschuldenwesen“, und ein Mann wie Dr. Hirth, der durch die Objectivität seiner statistischen Arbeiten einen Namen hat, in einem Aufsatze seines eben erschienenen vierten Heftes des zweiten Jahrgangs der Annalen die preussischen Finanzen vorurtheilsfrei besprochen haben. Herr Eugen Richter tritt in einem freimüthigen Kampfe gegen die preussische Finanzpolitik auf, weil sie von 1848 an bis auf die neuesten Steuerobjecte fortgesetzt auf Capitalisirung von Vermögen für den Staat gerichtet ist, aber eben so sehr gegen die vielfach herrschende pessimistische Auffassung der preussischen Finanzlage. Aus diesen Darlegungen geht nun hervor, daß die Einnahmen des preussischen Staates in fortwährendem Steigen begriffen und daß jährlich statt Deficits disponible Ueberschüsse vorhanden sind, die noch größer wären, wenn eine zu penible Rechnungsführung sich zu einer anderen Praxis der Calculatur entschließen könnte, sowie daß die wirkliche Staatsschuld in dem Zeitraum von 1820 bis 1867 von 218 Millionen auf 184 Millionen sich vermindert hat. Man hat von einem Nachbarlande den Ausdruck Cäsarismus auf Preußen übertragen, um dadurch Propaganda für die in Frankreich regelmäßig verunglückten und den Cäsarismus aus sich erzeugenden republikanischen Versuche zu machen. Aber die Hauptprobe des Nachweises eines cäsaristischen Regiments, die Existenz eines cäsaristischen Budgets fehlt leider; hier müssen sich die Leute, die mit Worten spielen, dermaßen in sich gelassen fühlen, daß sie nächstens voller Verzweiflung über die „zu guten Finanzen Preußens“ schreien werden, über diesen Querschnitt, der ihnen vielleicht noch unangenehmer als die preussische Armee ist. Freilich hat das ewige Schreckmittel der preussischen Staatsregierung mit Deficits selber mit Schuld an den pessimistischen, für die Gegner Preußens optimistischen Vorstellungen vom preussischen Budget.

Nach den amtlichen Ausstellungen zählten die neun preussischen Universitäten und die Akademie zu Münster (katholisch-theologische und philosophische Facultäten) während des jüngsten Winterhalbjahres überhaupt 790 Lehrer, nämlich 408 ordentliche Professoren, 158 außerordentliche Professoren, 224 Privatdocenten. Davon kamen auf die evangelisch-theologischen Facultäten 77 Lehrer,

auf die katholisch-theologischen 26, die juristischen 95, die medicinischen 199, die philosophischen 393. Die meisten Lehrer hatte Berlin, 167, es folgen: Göttingen mit 103, Bonn mit 100, Breslau mit 86, Halle mit 76, Königsberg mit 66, Marburg mit 59, Kiel mit 55, Greifswald mit 52, Münster mit 26. Gleichzeitig betrug die Zahl der wirklich immatriculirten Studirenden 7406, worunter 1030 „Ausländer“. Dagegen kamen auf die evangelisch-theologischen Facultäten 1144 (128 Ausländer), die katholisch-theologischen 575 (18 Ausländer), die juristischen 1352 (216 Ausländer), die medicinischen 1644 (160 Ausländer), die philosophischen 2691 (508 Ausländer). Außerdem waren noch 1450 Personen, darunter allein 1245 in Berlin, zum Hören der Vorlesungen berechtigt. Die meisten Studirenden hatte Berlin, 2258, es folgen: Breslau 880, Bonn 875, Halle 838, Göttingen 794, Königsberg 440, Münster 436, Greifswald 391, Marburg 329, Kiel 165.

Die Bischofsconferenz in Fulda hat sich, bekanntlich nicht blos mit dem bevorstehenden Concile, sondern auch mit dem schon oft aufgetauchten Plane der Gründung einer „freien katholischen Universität“ beschäftigt, als deren Sitz Fulda ausersehen ist. Diese Frage ist keineswegs eine improvisirte, sondern ein Gegenstand, über welchen bereits zwischen der katholischen Geistlichkeit und der preussischen Regierung seit einiger Zeit Verhandlungen schweben. Namentlich hat der Erzbischof von Köln sich zum Vertreter dieses Gedankens der Regierung gegenüber gemacht und die bezüglichen Anträge hier gestellt. Die Angelegenheit wird jedenfalls in nächster Zeit zu weiteren Erörterungen führen und wahrscheinlich im Zusammenhange mit dem in Aussicht stehenden Unterrichts-gesetze ihre Erledigung finden. Unrichtig ist es, wenn man von der Voraussetzung auszugehen scheint, daß das Unterrichtsgesetz sich nicht mit dem Universitätswesen beschäftigen werde. Es ist natürlich noch nicht zu sagen, welche Stellung denn eigentlich das preussische Cultusministerium den auf die Gründung einer „freien katholischen Universität“ gerichteten Wünschen der deutschen Bischöfe gegenüber einnimmt; doch wird man sich wohl kaum täuschen, wenn man vermuthet, daß diesen Wünschen Genüge geleistet werden soll. Das liegt ja durchaus im gegenwärtigen System, welches die confessionelle Scheidung in jeder Weise begünstigt, den ultramontanen Tendenzen überall entgegenkommt, den freisinnigen Bestrebungen aber, welche in der Errichtung confessionelloser Gymnasien zum Ausdruck kommen, sich feindlich gegenüberstellt. So eine Hauptjesuitenschule, wie sie eine „freie katholische Universität“ doch sein würde, ist natürlich ein ebenso dringendes Bedürfnis für den preussischen Staat, wie die immer weitere Ausbreitung des Mönchstums!

Der Vertrag über den Verkauf der braunschweigischen Eisenbahnen ist nach erteilter landesherrlicher Genehmigung am 19. mit dem bekannten Consortium, aus der Berliner Discontogesellschaft, S. Bleichröder in Berlin und der Darmstädter Bank bestehend, abgeschlossen worden.

Die diesjährige Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner wird bekanntlich zu Kiel in den Tagen vom 27. bis zum 30. September gehalten. Das Empfangsbureau ist am 26. von 9 Uhr an im Bahnhofe oder in dessen Nähe geöffnet. Am 28. um 2 Uhr findet eine Besichtigung der Kriegsslotte und eine Seefahrt statt, am 30. um 1 Uhr eine von den städtischen Behörden veranstaltete Eisenbahnfahrt nach Gutin nebst Wanderung zum Ugleisee. Sehr viele deutsche Eisenbahnen haben den Philologen Vergünstigungen zugestanden.

Das Tagesereigniß in der französischen Hauptstadt ist augenblicklich eine von Herrn von Keratry, Deputirten des Departements Finistère und Mitunterzeichner der bekannten Petition der 116, im „Temps“ veröffentlichte Erklärung, die Einberufung des gesetzgebenden Körpers betreffend. Der Abgeordnete erklärt es für ein unbedingtes Erforderniß der Verfassung, daß die Kammer bis zum 25. October wieder einberufen werde, bezeichnet die vom „Constitutionnel“ dagegen entwickelten Gründe als „officiöse Subtilitäten“ und fordert die Opposition, wenn die Regierung ihrer Verpflichtung nicht nachkomme, zu einem selbstständigen Handeln auf. Man müsse einer durch sich selbst erschöpften und eines jeden kräftigen Entschlusses unfähigen Regierung gegenüber sofort am 26. October durch eine an die Exekutivgewalt, welche ihre eigene Verfassung zuerst mit Füßen getreten haben wird, gerichtete Aufforderung anwenden. Eine stärkere Sprache kann man kaum führen, und das Auftreten des Herrn Keratry, wenn es in den Reihen der Deputirten Anklang fände, wäre, wie es schon jetzt wieder eine gewisse Aufregung unter den Gemüthern hervorruft, wohl geeignet, der Regierung ernste Berlegenheiten zu bereiten. Einstweilen scheint man im liberalen Lager noch nicht bereit, so weit zu gehen.

Ein Telegramm meldet aus dem Haag, 20. September: Die Generalstaaten wurden heute eröffnet. Die Thronrede enthielt günstige Mittheilungen über die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten; sie kündigte ferner mehrere Gesetzentwürfe an, darunter einen über die Vollendung der Eisenbahnen, und erklärte, das Budget für das nächste Jahr werde geringer sein, als das diesjährige. Schließlich beschäftigte sie sich mit den Verhältnissen der